

# nach richten

## Vermögen der Beamten bleibt undurchsichtig

Präsident Gus Dur wurde erneut nachdrücklich dazu aufgefordert, die Bereitschaft seiner Regierung unter Beweis zu stellen, einen Verwaltungsapparat ohne Korruption und Vetternwirtschaft aufzubauen. Wahid solle nicht vergessen, dass er selbst von der Notwendigkeit gesprochen habe, die Vermögensverhältnisse und den Besitz der Funktionäre offen zu legen, als er zum Präsidenten Indonesiens gewählt wurde. Damals hatte er gesagt: »Lasst die Armen zeigen, dass sie arm sind und lasst die Reichen ihren Wohlstand demonstrieren«. Widjojanto, Ratsvorsitzender des NRO *Yayasan Indonesia* (YLBHI) und der Jurist Pangaribuan übten Kritik an Gus Dur, da er noch keine konkreten Schritte unternommen habe, um die Errichtung einer Untersuchungskommission für den Wohlstand von Staatsbeamten zu beschleunigen. Die Kritik richtete sich aber nicht ausschließlich gegen Wahid, sondern auch gegen die Funktionäre selbst, die nach wie vor keinerlei Interesse daran bekunden, ihr Vermögen freiwillig offen zu legen. »Obwohl die Untersuchungskommission noch gebildet werden muss und die Planung im Parlament erst begonnen hat, können die Staatsfunktionäre die Öffentlichkeit freiwillig über ihren Wohlstand informieren, um eine Wiederholung von Korruption zu verhindern«, sagte Muhaimin Iskandar.

vgl. *Kompas*, *Jawa Pos* 02. Mai 2000

## Wahid will Wirtschaft selbst in die Hand nehmen

Präsident Wahid (Gus Dur) reagierte auf die Vorwürfe an die Wirtschaftsminister mit der Mitteilung an die Presse, er werde sich künftig selbst um die kontinuierliche Stabilisierung der Wirtschaft Indonesiens kümmern. Generelle Aufgaben, welche die Regierung allgemein betreffen, würden der Vizepräsidentin Megawati Soekarnoputri übertragen. »Wir haben jetzt ein homogeneres Kabinett, das seine Entscheidungen an wirtschaftlichen Problemen orientiert. Wenn ich von homogener spreche, meine ich, dass ich den ökonomischen Sektor selbst in die Hand nehmen werde. Andere Angelegenheiten werden von Megawati in Angriff genommen. Ich habe schon mit ihr gesprochen«, so Gus Dur. Die Maßnahme

diene dazu, die Erholung der Ökonomie zu beschleunigen, so der Präsident. Ab dem 8. Mai solle jeweils montags ein Treffen stattfinden, an dem die zuständigen Minister teilnehmen müssten. »Ich werde jeden Dienstag über die Ergebnisse der Zusammenkünfte berichten«, sagte Gus Dur. Obwohl das Treffen schon diese Woche stattfinden sollte, musste es wegen einiger Minister entfallen, die durch Abwesenheit glänzten. Der Präsident hält trotz der Vorwürfe an die Kabinettsmitglieder eine Umstrukturierung nicht für notwendig.

vgl. *Kompas*, *Jawa Pos* 02., 03. Mai 2000, *KITLV* 03. Mai 2000

## Lehrer fordern Gehaltserhöhung

Der Minister für nationale Ausbildung Yahya Muhaimin teilte der Presse mit, er werde sich weiterhin massiv für einen höheren Lebensstandard der Lehrer in Indonesien einsetzen. Laut verschiedener Presseberichte ist die finanzielle Situation der Lehrer, insbesondere der Honorarkräfte in verschiedenen Gegenden als völlig unzureichend einzustufen. In Lampung beispielsweise liegt das Gehalt der insgesamt 4.800 Honorarkräfte mit 50.000 bis 100.000 Rupien deutlich unter dem regionalen Mindestgehalt von 192.000 Rupien.

Muhaimin reagierte auf die Forderung der Lehrer nach einer Gehaltserhöhung mit der Aussage: »Ich bin mir bewusst, dass die Lehrer ohne eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation keine gute Arbeit leisten können. Wir müssen daher für eine Erhöhung ihres Gehalts kämpfen«, sagte er. In einem Treffen zwischen der Abteilung für Aus-

bildung und dem Institut für finanzielle Angelegenheiten hatte man keine Einigung erzielen können, so Muhaimin, da die Forderung der Lehrer mit einer Steigerung ihres Lohnes um 300 Prozent zu hoch gelegen habe. »Wie soll denn das Schicksal der Angestellten im privaten Sektor aussehen, wenn wir die Unterstützung so hoch ansetzen?« gab er zu bedenken. Der Minister meinte, er strebe eine Gehaltsverbesserung von 100 Prozent an, die zwar der Leistung der Lehrer noch nicht vollständig angemessen sei, jedoch einen zufrieden stellenden Anfang bilden könnte. Dieser Vorschlag solle so bald wie möglich mit dem Finanzministerium, dem Volksvertretungsrat und dem Präsidenten besprochen werden, versprach Muhaimin.

vgl. *Kompas*, 02. Mai 2000

## Mangelnde ökonomische Kompetenz

Mehrere Ökonomen und Wirtschaftsbeobachter haben die mangelnde Erfahrung und ungenügende Kompetenz der Minister, die sich mit ökonomischen Fragen beschäftigen, moniert. Dies wird als wesentlicher Grund dafür angesehen, dass die wirtschaftliche Lage sich nach der Wirtschaftskrise im Vergleich zu den Nachbarstaaten nur im Schnecken-tempo erholt.

Im Rahmen der Diskussionsrunde »Gus Dur verstehen«, die von der Tageszeitung *The Jakarta Post* am 01. Mai 2000 veranstaltet wurde, erklärten die Wirtschaftsexperten Tony Prasetyantono und Riswandha Imawan, viele Stimmen hätten bereits bei der Formung des Kabinetts auf die ungünstige Zusammenstellung der Verantwortlichen für ökonomische Inhalte hingewiesen. Prasetyantono kritisierte den einseitigen Hintergrund und die besondere Spezialisierung der Minister auf den mikro-ökonomischen Bereich.

Sowohl der Finanzminister Kwik Kian Gie, der früher in einem Unternehmen tätig war, als auch der Minister für Ökonomie, Finanzen und Industrie Bambang Sudibyo, ehemaliger Manager des Managementprogramms an der Universität UGM, stammen laut Prasetyantono aus dem rein mikro-ökonomischen Feld. Deshalb, so der Ökonom, seien die Minister ihrer neuen Aufgabe in keiner Weise gewachsen: »Kurz gesagt müssen die Minister wegen ihres Mangels an Kompetenz und Erfahrung viel lernen. Leider ist ihre Situation angesichts der wirklich schwierigen Probleme, mit denen sie konfrontiert werden, mit der eines Studenten zu vergleichen, der noch eifrig liest und Bücher studiert, wenn der Prüfungstermin schon gekommen ist«, meinte Tony.

vgl. *Kompas*, *Jawa Pos* 02., 03. Mai 2000, *KITLV* 03. Mai 2000

## Feuerpause in Aceh vereinbart

Am 12. Mai haben Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung GAM (Gerakan Aceh Merdeka) und der indonesischen Regierung in Genf ein Abkommen über eine dreimonatige Feuerpause in Aceh unterzeichnet.

Das humanitäre Programm, das am 2. Juni 2000 in Kraft treten soll, beinhaltet sechs Artikel, in denen Ziele, Zeitrahmen, Organisation, Umsetzung und Kommunikation festgelegt sind. Mit der Durchführung sind zwei Komitees betraut, von denen eines dafür verantwortlich ist, dass Hilfsgüter zu den Bedürftigen gelangen. Das andere soll die Weiterführung des Friedensprozesses garantieren.

Die Vereinbarung wurde von den meisten Beobachtern als ein ermutigender Anfang zur

Entspannung der angeheizten Situation in Aceh begrüßt. Einige nehmen jedoch eine vorsichtige und abwartende Haltung ein. So äußerte Salim Said Bedenken, dass Aceh-Separatisten, die von Malaysia aus agieren, die Einhaltung der Vereinbarungen sabotieren könnten. Hasan di Tiro, der Führer der Rebellen mit Basis in Malaysia, hatte die persönliche Unterzeichnung des Abkommens verweigert, da Präsident Abdurahman Wahid, als Führer der indonesischen Seite, auch nicht persönlich unterschrieb. Analysten äußerten außerdem Zweifel, dass sich das »fragmentierte« indonesische Militär geschlossen an die Vereinbarung einer Feuerpause halten wird. Zum einen könnte das

Abkommen für präsidentenfeindliche Gruppen eine Gelegenheit bieten, mittels Sabotage Gus Durs Fähigkeit, die Probleme in Aceh lösen zu können, in Frage zu stellen. Zum anderen kursieren innerhalb des Militärs Bedenken, dass das Abkommen eine formale Anerkennung der Rebellen als Repräsentanten von Aceh darstelle und ihnen damit den Weg in Richtung internationaler Anerkennung ebne. Gus Dur versuchte diese Zweifel zu zerstreuen, indem er die Vereinbarung »Humanitäre Pause« und nicht »Waffenstillstand« nannte. Letzter Begriff würde beiden Parteien einen gleichberechtigten Status zugestehen.

vgl. *Straits Times*, 13. 5. 00; *South China Morning Post*, 13. 5. 00;

## Australischer Außenminister hält zu Gus Dur

Die zur Zeit im Inland häufig geäußerte Kritik an Präsident Gus Dur scheint sich nicht bis Australien zu erstrecken. Der australische Außenminister Alexander Downer gab gegenüber der Presse folgende Stellungnahme ab: »Generell muss ich sagen, dass wir von Präsident Wahids Führungsqualitäten sehr beeindruckt sind. Er ist der erste demokratische Führer Indonesiens seit den 50er Jahren, und er hat eine ganze Menge Probleme, mit denen er fertig werden muss. Ich denke, dass er seine Aufgabe gut macht und glaube, er wird die politischen und ökonomischen Probleme regeln. Aber er braucht dazu die Unterstützung von Australien, den Staaten der Region, und die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Wir möchten ihm diese sehr gerne gewähren.« Downer unterstrich, Australien pflege regelmäßigen Kontakt zu Gus Dur und habe ihn in gutem Gedächtnis: »Wir haben ihn immer als interessante und intelligente Person angesehen und wir haben seine engagierte sowie positive Haltung gegenüber Australien bemerkt«.

vgl. *KITLV*, 01. Mai 2000

## Gewalt gegen Journalisten

In der Diskussionsrunde »Pressefreiheit«, die das Institut Studi Arus Informasi (Institut für Information), die Zeitschrift Tempo und die Aliansi Jurnalis Independen (Vereinigung unabhängiger Journalisten; AJI) organisierten, besprachen die Teilnehmer mögliche Ursachen und Lösungsansätze für die zunehmende Gewalt gegen Journalisten. Der Generalsekretär von AJI Supriyanto erklärte, von Januar bis April 2000 seien insgesamt 42 Fälle von Gewalt seitens der Bevölkerung gegen die Presse aufgetreten. Dies wurde damit begründet, dass die indonesische Gesellschaft erstens noch nicht an die Pressefreiheit gewöhnt sei und die jetzige, im Gegensatz zur Zeit der Neuen Ordnung kritischere, Berichterstattung ablehne. Die Bevölkerung sei zweitens noch nicht in der Lage, zwischen ihrer Privatsphäre und dem öffentlichen Leben zu differenzieren, argumentierte Masdar Mas'udi, ein Mitglied der Kommission Ombudsman Nasional (Nationale Vertrauensmänner). Laut Masdar habe die plötzliche Pressefreiheit zudem zu ungenauer Recherche geführt. Durch die daraus resultierende falsche Berichterstattung seien einige Leute, die im öffentlichen Leben stehen, in Misskredit geraten und damit schwer geschädigt worden. Supriyanto war

außerdem der Ansicht, die Wut der Bevölkerung beruhe auch auf der Angst, sich gegen eine Schädigung ihres Rufes nicht wehren zu können. Daher rief er der Bevölkerung ins Gedächtnis, dass ihnen per Gesetz das Recht zustünde, sich im Falle der Verleumdung bei der Presse zu beschweren. Trotz aller Bedenken gab man sich am Ende der Debatte zuversichtlich für den zukünftigen Umgang mit der Presse: »Die Pressefreiheit und die Reaktion der Gesellschaft auf die Pressefreiheit wird langsam ins Lot kommen. Keine Angst«, meinte Masdar.

vgl. *Kompas*, 03. Mai 2000

## Müllberg setzte Dorf unter Wasser

Anfang Mai brach ein Müllberg am Wanagon See in West-Papua zusammen und setzte eine Flut Wasser in Bewegung, die in einem nahegelegenden Tal vermutlich vier Arbeitern das Leben kostete. Die indonesische Regierung gab bekannt, dass sie Freeport Indonesias Kupfer- und Goldmine wegen des Unfalls nicht still legen wird, verordnete jedoch, dass kein Müll mehr am Wanagon-See mehr entsorgt werden darf.

vgl. *Reuters*, 12. 5. 00

# nachrichten

## Regierung dämmt Importverbot für Maschinen ein

Die indonesische Regierung hat die strengen Restriktionen für den Import gebräuchter Maschinen aufgehoben, da die Kaufkraft des industriellen Sektors noch als sehr schwach gilt. In Tanjung Priok und Singapur sollen künftig 800 gebrauchte Maschinen umgeschlagen werden. Lediglich Lastwagen über 17,5 Tonnen sind von der neuen Regelung ausgenommen. Gebrauchte Handtraktoren über 35 PS können nun nach dem Gesetz auch importiert werden. Zudem dürfen gebrauchte Bulldozer, Motoren, Generatoren und Pumpen für Motorfahrzeuge, die vorher nicht importiert werden durften, jetzt eingeführt werden. Das Verbot sämtlicher Arten gebrauchter öffentlicher Transportmittel und Motorräder bleibt jedoch bestehen.

In den letzten zwei Jahren waren infolge des schwachen industriellen Sektors viele Kapitalgüter aus Indonesien exportiert worden. Mit dem neuen Dekret möchte man vor allem kleinere Firmen unterstützen, die sich neue Maschinen nicht leisten können. Die hauptsächlichsten Käufer gebrauchter Ausstattung kommen bisher aus Riau, Palembang, Medan, Padang und Banjarmasin.

vgl. *Bisnis Indonesia*, *Kompas* 03. Mai 2000